

Sehr geehrte Frau Schneider,

Ihre E-Mail vom 24. Februar 2022 wurde mir von meiner Büroleitung weitergeleitet und ich möchte Ihnen antworten.

Zunächst allerdings möchte ich mich bei Ihnen für Ihr Engagement bedanken!

Die Impfpflicht ist ein Angriff der Regierung auf das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit. Für eine verpflichtende Impfung aller Bürger gibt es weder eine zwingende medizinische Begründung, noch ist eine solche Impfpflicht verhältnismäßig. Impfungen, die keine dauerhafte sterile Immunität zur Folge haben, dienen allein dem Eigenschutz, deswegen muss die Entscheidung darüber auch der Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers überlassen bleiben.

Der Ruf nach einem generellen Impfwang soll offenkundig die Schuld für falsche Corona-Politik und gebrochene Versprechen im Zusammenhang mit der Impfkampagne auf die Bürger abwälzen. Die maßlose und unverantwortliche Stimmungsmache gegen ungeimpfte Mitbürger hat unsere Gesellschaft schon jetzt tief zerrissen.

Einem generellen direkten Impfwang in Deutschland wie auch der mit den 2G-Verschärfungen auf die Spitze getriebenen systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung gesunder, ungeimpfter Mitbürger und forcierten Spaltung unseres Landes wird sich die AfD-Fraktion mit aller Kraft entgegenstemmen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vom 10. Dezember 2021 ("einrichtungsbezogene Impfpflicht") verweisen, welches Sie auch auf den Seiten des Deutschen Bundestages einsehen können:

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=759>.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat unter der Drucksachenummer 20/516 <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/005/2000516.pdf>> als erster Antragsteller im Januar 2022 einen Antrag zur Impfpflicht veröffentlicht. Darin stellt die AfD-Fraktion zwei zentrale Forderungen: "Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, 1. von Plänen zur Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht gegen das Virus SARS-CoV-2 Abstand zu nehmen; 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die ab dem 15. März 2022 geltende Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal aufgehoben wird."

Ich halte mich nicht zurück, die Dinge anzusprechen, die aus der Sicht der AfD und auch aus meiner ganz persönlichen Sicht wichtig erscheinen.

Aktuell gehört auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht dazu.

Daher habe ich am 9. Februar 2022 einen Offenen Brief zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht an alle Brandenburger Landräte gesendet.

Dieser Offene Brief ist hier einsehbar.

<https://www.facebook.com/springer.rene/photos/a.184839992001010/1255482654936733/>

Doch damit nicht genug.

Am Donnerstag, 17.02.2022 wurde in der Plenardebatte der Antrag der AfD mit der Drucksachenummer 20/699 "Verschärfung des Fachkräftemangels im Gesundheitssektor verhindern - Einrichtungsbezogene Impfpflicht abschaffen" beraten.

Den Antrag finden Sie hier.

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000699.pdf>

Meine Rede dazu ist hier einsehbar.

<https://www.facebook.com/watch/?v=734245500828064>

Die Positionierung der Alternative für Deutschland in der Frage der Impfpflicht war und ist eindeutig. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt jegliche Impfpflicht - egal ob direkt oder indirekt - gegen COVID-19 entschieden ab und wir werden selbstverständlich gegen eine Impfpflicht stimmen.

Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen

René Springer, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin